



Gemeindefinanzen: Jammerei löst keine Probleme!

Städte und Gemeinden brauchen konkrete Hilfe und keine Parteitaktik und Ablenkungsmanöver!

Eisenstadt 15.10.2026 - Einmal mehr mit Unverständnis reagierte GVV Burgenland Präsident Erich Trummer auf den medialen Auftritt der ÖVP Kommunalvertreter bezüglich der finanziellen Situation der Gemeinden. Trummer: "Ich weiß, wie angespannt die finanzielle Situation der Kommunen österreichweit ist. Bereits rund 60 Prozent der Gemeinden in Österreich haben alleine im laufenden Betrieb – ohne notwendige Investitionen in die Infrastruktur - mehr Ausgaben als Einnahmen. Wir haben massive Probleme, unsere ureigenste Aufgaben zu erfüllen, aber Jammerei, Schuldzuweisungen und parteipolitische Spiele lösen kein einziges Problem. Weder hier im Burgenland noch österreichweit!"

Trummer erinnert auch an den noch immer aufrechten einstimmigen Resolutions-Beschluss des Bundesvorstandes des Österreichischen Gemeindebundes vom 1. Oktober 2025. Diese bundesweiten Kommunalanforderungen, gemäß Resolution (siehe Beilage, bei der auch der Burgenländische Gemeindebund zugestimmt hat), blieben bisher von der Bundesregierung allesamt unerfüllt. Aber vielleicht kann der Burgenländische Gemeindebund Bundeskanzler Stocker und die Landeshauptleute der ÖVP und FPÖ doch noch überzeugen, nach über 40 Jahren endlich die Grundsteuer für die Gemeinden anzupassen, die sie (noch) blockieren? Das wäre für alle in der Finanznot stehenden österreichischen Gemeinden schon eine wesentliche finanzielle Hilfe.

Wirklich helfen würde auch eine Besserstellung der Städte und Gemeinden in der Oberverteilung im nächsten Finanzausgleich, wo wir einfach mehr brauchen als die knapp 12%, die die Kommunen jetzt bekommen. Aber auch das Land Burgenland hilft mit knapp 89 Millionen Euro Unterstützung im Jahr 2025 und rund 39 Millionen Euro an Bedarfszuweisungen für 2026. Damit versucht das Land Investitionen, Infrastruktur und Lebensqualität in den 171 Gemeinden abzusichern. Auch die neue Einigung der Länder mit dem Bund, gemeinsam ab 1.1.2027 die Finanzierung der ÖBB Bahnhöfe österreichweit zu übernehmen ist eine konkrete Maßnahme, die vielen betroffenen Gemeinden hilft.

Trummer abschließend: "Wir müssen uns aus dieser finanziellen Talsohle gemeinsam herausarbeiten. SPÖ und ÖVP sitzen gemeinsam in der Bundesregierung und sind gemeinsam gefordert, mehr für die Städte und Gemeinden zu tun. In jedem Land eigene parteipolitische Spielchen auf dem Rücken der Gemeinden zu spielen, nutzt niemandem, und ist keine Lösung für die vielen Probleme, die bewältigt werden müssen!"